

TERMINE

Lohnsteuerberatung

für Gewerkschaftsmitglieder e.V. jeden Dienstag in Heidelberg von 8 bis 11 Uhr nach telefonischer Vereinbarung

Rentenberatung

■ Heidelberg

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Claudia Lenz 06221 98 24-0

■ Mosbach

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Erwin Fritz

Telefon.Nr. 06261-64 027

Mail:

Fritz-Mosbach@t-online.de

Sozialberatung

■ in Heidelberg

Termine nach telefonischer Vereinbarung: Bernhard Hoffmann 06221 98 24-17

■ 13. Juni 17.30 Uhr

AK Schwerbehinderte Sitzungszimmer Heidelberg

■ 17. Juni 8 Uhr

Ortsvorstandssitzung Sitzungszimmer Heidelberg

■ 17. Juni 17.30 Uhr

AK Vertrauensleute Sitzungszimmer Heidelberg

■ 18. Juni 16.30 Uhr

Delegiertenversammlung in HD-Pfaffengrund

■ 20. Juni 17.30 Uhr

Ortsjugendausschuss Sitzungszimmer Heidelberg

SEMINAR

■ 11. bis 12. Juni

2-TS AK Senioren in Grasellenbach

Impressum

IG Metall Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 24
69117 Heidelberg
Telefon 06221 98 24-0
Fax 06221 98 24 30

E-Mail:

Heidelberg@igmetall.de

Internet:

heidelberg.igm.de

Redaktion: Mirko Geiger (verantwortlich), Michael Seis

Heidelberger Metaller zeigen Flagge

STARKE BETEILIGUNG IN DER TARIFRUNDE 2013

Mehrere Tausend Metaller der Verwaltungsstelle Heidelberg im Ausstand

Große Zustimmung der Beschäftigten zu den Forderungen der IG Metall bei den Warnstreiks der Betriebe in Heidelberg, Sinsheim und Mosbach.

Im Zeitraum vom 3. bis 14. Mai, wurde in zahlreichen Firmen im Betreuungsbereich der IG Metall Verwaltungsstelle Heidelberg die Arbeit niedergelegt. Rund 6850 Metallerinnen und Metaller, auch aus Betrieben des Mittelstandes folgten den Streikaufrufen ihrer Organisation.

Die Beschäftigten der Firmen Haldex Brake Products, KS Gleitlager, Borg Warner Transmission System, ABB Stotz-Kontakt, Rockwell und Rockwell Collins Deutschland, legten am 6. Mai zur Mittagszeit die Arbeit nieder



und versammelten sich um 14 Uhr zur Kundgebung der IG Metall Heidelberg vor der Firma ProMinent.

Am 7. Mai legten die Beschäftigten der HDM die Arbeit nieder und versammelten sich vor dem Tor in Wiesloch zum Warnstreik. Die Metaller der Lincoln GmbH, KS Gleitlager und Leica Biosys-

tems Nussloch GmbH stießen um 9.30 Uhr zu Kundgebung hinzu.

Mit Frühschluss und Protestkundgebungen vor den Hoftoren begleiteten die Beschäftigten von Eaton in Eberbach, Stieber, Lisi, TI Automotiv und CNH in Heidelberg sowie Otto Zimmermann in Sinsheim die Forderung der IG Metall. ■

Schöner 1. Mai in Heidelberg

Unter dem Motto »Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa« fand dieses Jahr die Kundgebung zum 1. Mai des DGB Heidelberg Rhein-Neckar statt.

Neben zahlreichen Infoständen gab es auch in diesem Jahr wieder ein buntes Programm aus verschiedenen politischen Reden und musikalischen Beiträgen. Der DGB-Kreisvorsitzende Thomas Wenzel begrüßte die Demonstranten und gab mit den Worten »Der 1. Mai ist unser Tag« unmissverständlich zum Ausdruck, dass der Tag der Arbeit, der Kampftag der Gewerkschaften ist.



Vor allem prangerte er die niedrigen Löhne an. Noch immer würde zu viel Arbeit zu schlecht entlohnt werden. »Arbeit solle so billig werden wie Dreck«, so Wenzel.

Im Anschluss forderte die GEW-Kreisvorsitzende Ulrike Noll, als Hauptrednerin, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. »Es kann nicht sein, dass befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und 450 Euro-Jobs immer mehr den Arbeitsmarkt vergiften«, so Noll. Noch immer arbeiten acht Prozent der Beschäftigten im Armuts- und Niedriglohnsektor, dies sei nicht mehr länger hinnehmbar. Ulrike Noll appellierte an die Politik, diesem Trend dringend entgegen zu steuern.

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit und es sei die Pflicht einer Bundesregierung, diesen einzuführen. »Zahlreiche Menschen können von Ihrer Arbeit nicht mehr leben. »Armut trotz Arbeiten« ist leider keine Seltenheit mehr, diesem Trend müssen wir entgegenwir-



ken«, so Noll. Unter der Überschrift »Soziales Europa« sprach Ulrike Noll auch über die alarmierenden Verhältnisse in den Ländern in Südeuropa. Fast 60 Prozent der Jugendlichen seien in Spanien, Griechenland und Portugal arbeitslos. »Durch eine falsche Politik der EU und auch der Bundesregierung seien unerträgliche Verhältnisse in Griechenland, Portugal, Italien und Spanien entstanden«, kritisierte Noll. Die Krise könne nur gemeistert werden, wenn die Politik mit der Umverteilung von oben nach unten beginnen würde.

Nach kräftigem Applaus waren sich die Anwesenden einig, dass die Würde des Menschen im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen müsse. ■